

CUXHAVEN STADT & LAND

Donnerstag, 5. März 2020

Alter Fischereihafen

CDU: Plambeck will Fraktion mundtot machen

CUXHAVEN. In der Auseinandersetzung um die Pläne von Norbert Plambeck zur Sanierung des Alten Fischereihafens hatten der Unternehmer und die CDU-Spitze schwere Vorwürfe gegeneinander erhoben. Am Mittwoch beriet die CDU-Fraktion das weitere Vorgehen in der Sache. Als Ergebnis erhielt unsere Zeitung folgende Stellungnahme:

„Es bleibt dabei: Die CDU Fraktion stand immer zu dem Projekt Alter Fischereihafen und wird es auch in Zukunft tun. Wir warten derzeit auf die Sitzungsvorlage zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplans. Im weiteren Verfahren werden wir auch weiterhin verantwortungsvoll darauf achten, dass das Projekt solide und stadtverträglich umgesetzt wird.“

Herr Plambeck hat die gesamte CDU-Fraktion mit anwaltlichem Schreiben aufgefordert, eine Unterlassungserklärung abzugeben. Wir empfinden das Vorgehen als einen einzigartigen und nicht hinzunehmenden Vorgang. Gerade in Zeiten, in denen Ehrenamtliche überall angegriffen werden und sich mit Verleumdungen und Hassbotschaften auseinandersetzen müssen, ist ein solches Verhalten eines Unternehmers nicht nachvollziehbar, zumal die Vorlage des Satzungsbeschlusses noch gar nicht vorliegen kann.

Die CDU Fraktion hat sich entschlossen, rechtsanwaltlichen Rat einzuholen und die Situation zum Anlass genommen, sich an den Oberbürgermeister zu wenden. Eine Verpflichtung sämtlicher Fraktionsmitglieder, sich nicht mehr äußern zu dürfen, führt dazu, dass die CDU-Fraktion faktisch mundtot gemacht wäre.

Oberbürgermeister soll helfen

Die Mitglieder werden, da sie bei jeder Aussage rechtliche Konsequenzen fürchten müssen und dies auch nicht einschätzen können, an keiner weiteren Beratung zum Bebauungsplan teilnehmen können. Daher hat die CDU-Fraktion den Oberbürgermeister gefragt, ob in einem solchen Fall von einer rechtmäßigen Beratung des Bebauungsplans noch auszugehen ist? Wenn ehrenamtlich aktive Ratsmitglieder sich nicht mehr frei im Bebauungsplanverfahren betätigen und äußern können, ist nach unserer Auffassung der Grundsatz demokratischer Meinungsbildung und Beratung nicht mehr gewahrt. Die CDU-Fraktion hat den Oberbürgermeister ferner darum gebeten, dieser den Rücken zu stärken und gegenüber dem Anspruchsteller aber auch Dritten deutlich zu machen, dass ein solches Vorgehen innerhalb eines demokratischen Beratungsprozesses nicht hinzunehmen ist.“ (red/tas)